Datum: 05.09.2012

Az.: zs-wz

Beschlussvorlage - öffentlich -

	Beratungsfolge	Datum
1.	Haupt- und Finanzausschuss	26.09.2012
2.	Rat der Stadt Bergkamen	27.09.2012

Betreff:

Erlass einer Hebesatzsatzung für das Haushaltsjahr 2013 für die Stadt Bergkamen

Bestandteile dieser Vorlage sind:

1. Das Deckblatt
2. Der Beschlussvorschlag und die Sachdarstellung
3. 1 Anlage

Der Bürgermeister In Vertretung Mecklenbrauck Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer	
---	--

Amtsleiter Marquardt	Sachbearbeiterin Zschau	Sichtvermerk StA 30 Roreger
-----------------------------	--------------------------------	------------------------------------

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Bergkamen beschließt die Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer der Stadt Bergkamen in der Form, wie sie als Anlage 1 beigefügt ist.

Sachdarstellung:

1. Unter der Voraussetzung, dass der Rat beschließt für die Aufwendungen der Straßenreinigung und den Winterdienst weiterhin Gebühren zu erheben, ergibt sich aufgrund des beschlossenen und genehmigten Haushaltssicherungskonzeptes zur Haushaltskonsolidierung der Stadt Bergkamen die Notwendigkeit, die Steuersätze der Grundsteuer für das Haushaltsjahr 2013 neu zu fassen.

Ausführlich sind die Gründe in der **Vorlage 10/0948 für die Ratssitzung am 27.09.2012** dargestellt. Der Beschlussvorschlag der v. g. Drucksache lautet:

„Der Rat der Stadt Bergkamen beschließt, es bei der Erhebung von Gebühren für die Straßenreinigung und den Winterdienst zu belassen. Die Vorlage ist Bestandteil des Beschlusses.“

2. Nach den Bestimmungen des Gewerbesteuergesetzes und des Grundsteuergesetzes können die Hebesätze **jährlich** durch die hebeberechtigte Kommune festgesetzt werden. Die Hebesätze werden deklaratorisch auch in der Haushaltssatzung des jeweiligen Jahres genannt.

Der **Gewerbesteuerhebesatz** wurde mit Wirkung vom 01.01.2012 neu festgesetzt. Für das Jahr 2013 wird **keine** Veränderung vorgeschlagen.

3. Die vorgeschlagene Veränderung ab dem 01.01.2013 sieht bei der Grundsteuer B eine Erhöhung um 3,45 % bei einem neuen Hebesatz von 450 v. H. vor. Das erwartete Mehraufkommen beträgt 195.000,00 €

Analog dazu wird – wie in der Vergangenheit auch immer beschlossen – vorgeschlagen, die Grundsteuer A für die land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücke ebenfalls anzupassen. Der bisherige Hebesatz von 280 v. H. würde damit auf 295 v. H. erhöht. Das bisherige Aufkommen in Höhe von 45.000,00 € steigert sich um 2.410,00 €